

Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Februar 2017

MARTIN SCHULZ : DER KANDIDAT

Nun ist es heraus: Der Kanzlerkandidat der SPD heißt Martin Schulz. Man hat in den letzten Tagen das Gefühl bekommen, als ob ein Knoten geplatzt ist. Die Umfragewerte der SPD auf Bundesebene sind in die Höhe geschossen, seitdem bekannt ist, dass Martin Schulz der Kanzlerkandidat ist. In der sogenannten –hypothetischen- Frage der Direktwahl des Bundeskanzlers liegt er je nach Umfrage vor oder gleichauf mit Angela Merkel. Eine Situation, die für die SPD neu ist. Hat sie doch lange im Bereich der 20 Prozent ausharren müssen. Vergessen sollten wir aber auch nicht, dass Sigmar Gabriel durch seinen Verzicht erst den Weg frei gemacht hat.

Martin Schulz ist für uns kein Unbekannter, war er doch als Präsident des Europaparlamentes häufig in den Medien und spielte eine wichtige europapolitische Rolle. Er hat dem Europaparlament die Bedeutung gegeben, die es verdient und die ein demokratisches Europa benötigt. Legendär ist seine Auseinandersetzung mit Berlusconi, der in seiner Wut ihm eine Rolle als Nazi zuschrieb. Schon in dieser Auseinandersetzung mit diesem italienischen Rechtsaußen wurde ein Charakterzug von Martin Schulz deutlich, für den er auch heute nach seinen eigenen Worten fest steht: **Haltung und Aufrichtigkeit**. Diese eigene Sicht und Forderung an sich selbst von Martin Schulz ist nachvollziehbar und man nimmt es ihm ab.

Andererseits ist er im innenpolitischen Geschäft in Deutschland noch nicht so häufig aufgetreten, als dass man sofort sagen könnte, für was Martin Schulz steht. Aus seinen Ausführungen in den letzten Tagen werden schon einige Grundzüge und auch konkrete Aussagen deutlich.

Martin Schulz hat vier Grundprinzipien genannt: **Demokratie, Menschenwürde, Gerechtigkeit und Teilhabe**.

Das ist zugegebenermaßen recht allgemein, aber auch eine eindeutige politische Richtschnur, die leider heute nicht mehr selbstver-

ständiglich ist: siehe das Verhalten und die Äußerungen des neuen US-amerikanischen Präsidenten.

Allerdings hat Martin Schulz auch schon recht konkrete Forderungen und Absichten formuliert:

- Der Traum von Europa muss weiter gelebt und vertieft werden; allen Ausstiegs- und gar Zerstörungsgedanken muss aktiv entgegengetreten werden. Es gilt die europäischen Werte, die auch die westlichen genannt werden, zu bewahren, als da sind: **Freiheit, Frieden, Sicherheit, Recht, Demokratie, Toleranz, gegenseitiger Respekt**. Martin Schulz als in der Wollfärberei Europas glaubt man das sofort.
- Mit den Menschen so reden, dass sie einen verstehen und auch erkennen, wo man sich vom politischen Wettbewerber unterscheidet,
- Kernpunkt ist die **gesellschaftliche Gerechtigkeit**. Da geht es in Deutschland nicht immer gerecht zu. Das wird deutlich, wenn man nur die steigende Zahl der Niedriglohnarbeitsverhältnisse einerseits sieht und andererseits die immensen Bonuszahlungen für Industrie- und Bankenmanager sieht, auch wenn diese Manager gerade „die Karre so richtig gegen die Wand gefahren haben“ (siehe z.B. VW).

Martin Schulz hat hier schon einige konkrete Forderungen gestellt:

- gleichberechtigte Bildungschancen für alle,
 - gleichberechtigten Zugang bei der Digitalisierung (gerade für den ländlichen Bereich),
 - Begrenzung der Leih- und Zeitarbeit auf die Ursprungsidee, nämlich Überbrückung von zeitweiligen Engpässen,
 - Bekämpfung der Unterhöhlung des Mindestlohns,
 - Besondere Besteuerung großer Vermögen, wobei Details noch kurzfristig erarbeitet werden müssen. Fest steht aber, dass die Steuerflucht ernsthaft bekämpft werden wird.
- Weiterhin sieht Martin Schulz folgende Initiativen als geboten an:
- Förderung des sozialen Wohnungsbaus, insbesondere in den Städten, damit die Mieten bezahlbar bleiben,

- Anständige Tariflöhne, dauerhaft sichere Arbeitsplätze, Ausbau der Mitbestimmung, aber kein sogenanntes Grundeinkommen.

Hierzu braucht man, so Martin Schulz, **Mut und auch die Bereitschaft einmal „nein“ zu sagen, wenn man es nicht erfüllen kann.**

Alles in allem kann man damit schon einiges anfangen, auch wenn es –natürlich– noch kein Wahlprogramm ist. Das wird noch in der nächsten Zeit kommen.

Fazit: Die SPD ist mit Martin Schulz wieder im Rennen. Sie kann, ohne dass man den Kopf schütteln müsste, wieder auf Sieg setzen. Die Bundestagswahl ist wieder spannend.

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,

die Wahl von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD kam nicht völlig unerwartet, aber doch sehr überraschend. Sie hat anscheinend das politische Berlin auf den Kopf gestellt. Galt bisher nach den vorliegenden Umfrageergebnissen nur die Frage, wie hoch die SPD verlieren würde, sieht nunmehr die Welt ganz anders aus. Zurzeit würde eine Mehrheit der Wähler eine SPD-geführte Bundesregierung befürworten. Ein solcher abrupter Meinungswandel erscheint auf den ersten Blick schwer erklärlich. Schaut man aber genauer hin, so wird er durch zwei miteinander in Verbindung stehenden Gründen nachvollziehbar. Zum einen gab es in der Bevölkerung einen größeren Rückhalt für die SPD als die Bundesumfragen signalisierten, zum anderen war der bisherige Mann an der Spitze der Bundes-SPD – Sigmar Gabriel – nicht derjenige, den die Wähler als Kanzler sehen wollten. Mit einem neuen Kandidaten Martin Schulz sind diese Schranken weg und es wird deutlich, dass sehr wohl ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft sich eine Abkehr von Angela Merkel wünscht. Auf jeden Fall gibt es jetzt eine klare Alternative zu Merkel, die Wähler haben jetzt im September dieses Jahres eine echte Wahl zwischen zwei politischen Angeboten. Kann man Merkel vorbehalten, dass man außer einem „weiter so“ nicht viel über ihre politischen Zukunftsabsichten sagen kann, so muss man fairerweise auch bei Martin Schulz noch diesen Vorbehalt machen.

Allerdings ist er im Gegensatz zu Merkel erst seit kurzer Zeit auf der bundespolitischen Bühne, so dass man ihm noch ein bisschen Zeit für die Konkretisierung seiner Vorstellungen geben muss. Sie ersten Aussagen, siehe hierzu den Artikel auf Seite 1 dieser Ausgabe, lassen aber ein Kontrastprogramm zum bisherigen Merkelkurs erkennen. Warten wir ab, was im Einzelnen von ihm noch kommen wird. Auf jeden Fall: Es sieht im Moment so aus, als ob es bei der Bundestagswahl im September spannend wird.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.

Auflage dieser Ausgabe: 660

Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)

OLSBRÜCKENS ZUKUNFT

WAS MAN KURZ - UND MITTELFRISTIG MACHEN KANN

In den vergangenen Tagen hat sich die SPD-Fraktion im Gemeinderat Olsbrücken mit Vertretern des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach getroffen, um zu überlegen, wie es in Olsbrücken weitergehen soll und kann. Dabei konnte man erfreut feststellen, dass viele Überlegungen und Aktionen der SPD aus dem vergangenen Jahr nunmehr Programm in Olsbrücken sind oder Basis für weitere Aktivitäten sein können und werden. Allerdings hat die SPD auch konkrete, wenn auch auf mittelfristige Verwirklichung angelegte weitere Überlegungen für Olsbrücken entwickelt, die nunmehr in die politische Diskussion eingebracht werden können.

Leider muss festgestellt werden: die Bevölkerungszahl in Olsbrücken schrumpft und der Altersdurchschnitt bei der Bevölkerung steigt. Das hat zur Folge, dass wir einen erweiterten **Gebäudeleerstand in Olsbrücken** vorfinden. Durch Versterben der Bewohner, hier und da auch durch Wegzug, sind so manche Gebäude leer geworden, insbesondere auch im Ortszentrum. Wenn man darüber hinaus sich auch die Altersstruktur bei so mancher Gebäudenutzung anschaut, ist eine Steigerung des Gebäudeleerstands auch kurzfristig zu erwarten. **Leerstehende und eventuell auch verfallende Gebäude in einem Ort sind ein schlechtes Bild für seine Zukunftsaussichten, signalisieren sie doch Verfall und nicht Zukunftsaufbruch.** Man war sich in der SPD einig, dass dem schnell entgegengetreten werden muss, damit nicht der Eindruck der Unumkehrbarkeit entsteht.

Die SPD schlägt deshalb vor: **alle Leerstandsgebäude, die schon erfasst sind, auf der Internetseite der Ortsgemeinde zu veröffentlichen und dass mit allen dazu gehörigen Daten. Dadurch kann jeder leicht über den freien Gebäudestand informieren und eventuell Kauf-oder Mietinteresse überprüfen.** Natürlich kann das nur erfolgen, soweit die Eigentümer ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung erklären. Da auch die jährliche Aktualisierung des Leerstandskatasters durch die Verbandsgemeinde erfolgt, hat man damit ein wirksames Instrument für die Leerstandsbekämpfung an der Hand.

Ebenfalls in Richtung Zukunftsplanung für Olsbrücken gehen die Überlegungen, am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ 2018 teilzunehmen. Dieses Projekt, das der Ortsgemeinderat zurzeit verfolgt, ist geeignet, Ideen für eine Zukunftsgestaltung in Olsbrücken zu kreieren. Ob es dann zur Wettbewerbsteilnahme tatsächlich kommt, ist zweitrangig. Die SPD will dabei helfen, mit den Bürgern solche Ideen zu entwickeln.

Die Mitglieder der SPD-Zukunftswerkstatt befassten

sich aber neben diesen großen, in die weitere Zukunft gerichteten Projekten mit kurzfristig umsetzbaren, kleineren Aktionen.

Sie will in Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeinde und dem Obst- und Gartenbauverein die Schaffung von **Blumenwiesen in Olsbrücken** vorantreiben. Man sieht gute Möglichkeiten weggehend bei Wander- und Radwegen in lediglich einigen Metern breiten Streifen Blumenwiesen zu pflanzen. Auch sind Blumenwiesen im Sichtfeld dieser Wege aus touristischen Gründen höchst attraktiv. Sollte man sich entschließen, in diesem Bereich in größerem Umfang aktiv zu werden, so wäre ein sogenanntes „Leader -Projekt“, d.h. Förderung von Maßnahmen mit bis zu 70%, anzudenken.

Bei der Aufstellung und Pflege von Nistkästen will man es zunächst bei den unter SPD -Initiative aufgehängten 9 Kästen belassen, weil der Pfälzerwaldverein seinerseits schon 30 aufgestellt hat. Sollte der Nabu, den man befragt hat, allerdings noch weitere Plätze nachweisen können, könnte man weitere Nistkästen installieren.

Mit Zufriedenheit stellte die SPD fest und will sich weiter für die Verwirklichung einsetzen:

- **Breitbandversorgung:** Olsbrücken befindet sich, ebenso wie Frankelbach, im Förderbereich, so dass mit einer Verkabelung bis 2018 mit einer Leistung bis 50Mbit gerechnet werden kann,
- **30km/h-Bereich:** Auf der B 270 soll im Bereich des Kindergartens und der Schule eine solche Zone eingerichtet werden. Der Antrag der Verbandsgemeinde an den LBM ist mittlerweile gestellt,
- **die Feldwegesanieierung ist im zu beschließen den Haushalt finanziert.** Die zu sanierenden Feldwege sind ausgesucht,
- **der Ausbau der Straße „Am Waldhof“ einschließlich Kanalausbau** ist im künftigen Haushalt soweit die Planung betreffend finanziert, der Bau soll 2018/2019 erfolgen.

Letztlich fordert die SPD, dass endlich eine neue **Friedhofssatzung** erlassen wird. Das ist überfällig. Auch sollte man bei der Gestaltung des Dorfplatzes nunmehr auf die Gutachtensvorlage drängen und insbesondere eine Entwässerungsplanung ins Auge fassen.

Fazit: Es gibt eine Vielzahl von Aufgaben, auch neben den alten, die schon früher ins Gespräch gebracht worden sind, die aber auch angepackt werden müssen, damit Olsbrücken nicht ins Hintertreffen gerät.

MUT- ZUSAMMENHALT- ZUVERSICHT

Die Bundesversammlung hat **Frank Walter Steinmeier** von der SPD zum Bundespräsidenten gewählt. Damit wird zukünftig ein Mann das höchste Amt in Deutschland bekleiden, der sich in der Vergangenheit durch **Vernunft, Ruhe, Gelassenheit und Beharrlichkeit** ausgezeichnet hat. Alle Eigenschaften, die ihn besonders für dieses Amt qualifiziert haben. Deutschland hat damit wieder einen Präsidenten, der für Festigkeit und Seriosität steht und für diese Aufgabe prädestiniert ist.

In seiner Antrittsrede hat Steinmeier zu **Mut** aufgerufen, sich den drängenden Herausforderungen zu stellen, dies aber auch mit der gebotenen **Zuversicht** zu tun. Dabei wird die Basis zum Erfolg der gesellschaftliche **Zusammenhalt** sein. Mut, Zusammenhalt, Zuversicht, das sind Eigenschaften, die wir in Deutschland in

den jetzigen schwierigen Zeiten besonders brauchen, über die wir aber auch in genügendem Umfang verfügen, wenn wir denn nur wollen. Die Wahl Frank Walter Steinmeiers zum Bundespräsidenten ist für die SPD ein großer politischer Erfolg. Das höchste Amt im Staat aus den eigenen Reihen zu besetzen, ist für jede politische Gruppierung eine hohe Auszeichnung. Auch wenn die tagespolitische Bedeutung des Präsidentenamtes begrenzt ist und jeder Bundespräsident sich tunlichst aus dem politischen Streit heraushalten soll.

Noch eine Bemerkung zum Schluss: Dass CDU/CSU nicht in der Lage waren, einen eigenen Kandidaten für das Präsidentenamt zu stellen, ist für sie blamabel. Wirft aber auch ein bezeichnendes Licht auf die personelle Ausgehrtheit der Bundes-CDU/CSU.

KEINE ZUSTIMMUNG ZUR ÄNDERUNG DES LEP IV

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz beabsichtigt, das Landesentwicklungsprogramm IV (LEP IV) auch bezüglich des Baus von Windkraftanlagen zu ändern. In einem Landesentwicklungsprogramm werden die Grundzüge und Grundsätze für die Planung der Entwicklung in den einzelnen Landesgebieten festgelegt, so auch für den Bau von Windkraftanlagen.

Unter Aufrechterhaltung der Planungshoheit der Kommunen hat man insbesondere vorgesehen, zusätzliche Gebiete zu definieren, in denen zukünftig keine Windkraftanlagen aufgestellt werden dürfen. Die Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung sollen künftig, abhängig von der Höhe der Anlagen, 1000 Meter oder 1100 Meter betragen.

Zu diesen Absichten der Landesregierung von Rheinland-Pfalz sind die Ortsgemeinderäte angehört worden. Die Ortsgemeinderäte von Olsbrücken und Frankelbach haben ihre Zustimmung zur Änderung des LEP IV verweigert. Hauptgrund war, dass man nicht weiß, ob nach

den neuen Regeln des LEP IV ein Ersatz der alten Anlagen durch neue leistungsstärkere (sog. Repowering) in Olsbrücken noch möglich wäre (so der Ortsgemeinderat von Olsbrücken) oder überhaupt auf Frankelbacher Gemarkung noch Windräder gebaut werden könnten (so der Ortsgemeinderat von Frankelbach).

Ebenfalls haben die Ortsgemeinderäte von Sulzbachtal, Niederkirchen, Heiligenmoschel, Schneckenhausen und Mehlbach ihre Ablehnung erklärt. Allein der Ortsgemeinderat von Otterbach hat zugestimmt.